

Beschluss

„Subventionsabbau“

1. Deutschland befindet sich derzeit in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit fünf Jahrzehnten. Die Wirtschaft ist im dritten Jahr der Stagnation. Unternehmenspleiten und Arbeitslosigkeit sind auf Rekordniveau. Öffentliche Haushalte und Sozialkassen laufen aus dem Ruder. Die Sorge um den Arbeitsplatz und das ständige Anziehen der Steuer- und Abgabenschraube führt zu Attentismus bei Verbrauchern und Investoren.
2. Um die anhaltende Negativentwicklung in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und öffentlichen Finanzen zu stoppen, ist eine kraftvolle Umkehr in der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik unverzichtbar. Neben mehr Flexibilität durch Deregulierung der Arbeits- und Gütermärkte, einer Verringerung der Lohnnebenkosten durch Reform der sozialen Sicherungssysteme, sind insbesondere stärkere Anreize für Arbeit und Innovation durch Senkung der Lohn- und Einkommensteuer im Rahmen einer umfassenden Steuerreform erforderlich.
3. Die Finanz- und Steuerpolitik steht vor dem grundlegenden Dilemma, dass die zur Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik gewünschte Senkung der Steuersätze zunächst zu einer weiteren Erhöhung der ohnehin zu hohen öffentlichen Defizite führen würde. Die Maastrichter Stabilitätskriterien würden dann auf absehbare Zeit nicht erfüllt und die politische Glaubwürdigkeit in Deutschland endgültig aufs Spiel gesetzt.
4. Ein Schlüssel sowohl für niedrigere Steuern und damit für eine Stärkung von privatem Verbrauch, Investitionen und Wachstum als auch für solide öffentliche Finanzen liegt in einer kräftigen und verlässlichen Rückführung staatlicher Subventionen. Subventionen sind selektive finanzielle Vergünstigungen, die Bund, Länder, Gemeinden und andere staatliche Einrichtungen zugunsten ausgewählter Produktionszweige und bestimmter Personengruppen gewähren. Sie verzerren den Wettbewerb und die Allokation der Produktionsfaktoren, sie fördern die

1 Subventionsmentalität von Bürgern und Betrieben und sind wachstumsschädlich,
2 weil sie auf Dauer mit einer höheren Steuerbelastung verbunden sind.

3
4 5. Das Finanzvolumen, das durch staatliche Subventionen gebunden wird,
5 unterscheidet sich je nach Abgrenzung des Subventionsbegriffs:

6
7 • Legt man den engen Begriff des Subventionsberichts der
8 Bundesregierung zugrunde, dann beläuft sich das Gesamtvolumen an
9 Subventionen von Bund, Ländern, Gemeinden, ERP und EU im Jahre
10 2001 auf knapp 58 Milliarden Euro (darunter 13 Milliarden Euro
11 Steuervergünstigungen).

12
13 • Legt man den weiteren Subventionsbegriff des Kieler Instituts für
14 Weltwirtschaft zugrunde, dann summieren sich die Subventionen in 2001
15 auf 156 Milliarden Euro. Das entspricht 7,5 % des Bruttoinlandproduktes und
16 35 % des Steueraufkommens. Weitaus wichtiger als
17 Steuervergünstigungen (40 Milliarden Euro) sind dabei die Finanzhilfen
18 (116 Milliarden Euro). Der Kieler Subventionsbegriff umfasst neben
19 Subventionen an Unternehmen auch die Regionalförderung, die
20 Finanzhilfen der Bundesanstalt für Arbeit und die Hilfen an jene, die nicht
21 zu den Unternehmen zählen, aber Güter und Dienste anbieten (wie z.B.
22 Krankenhäuser und Kindergärten).

23
24 6. Versuche, staatliche Subventionen selektiv zurückzuführen, gibt es in
25 Deutschland seit Jahrzehnten. Trotz einzelner Erfolge hat dies eine
26 Entwicklung nicht verhindern können: Der langfristige Trend bei den
27 Subventionen zeigt nach wie vor nach oben. So sind zum Beispiel die
28 Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes (Abgrenzung
29 Subventionsbericht) von 7 Milliarden Euro 1970 über 12½ Milliarden Euro 1980
30 und 15 Milliarden Euro 1990 auf 23 Milliarden Euro 2000 gestiegen (2002: 21½
31 Milliarden Euro). Nur zu oft waren die Beharrungskräfte im politischen System zu
32 groß, um den Subventionsabbau erfolgreich voran zu bringen.

1 7. Ausgangspunkt jeder nachhaltigen Subventionsabbau-Politik müssen nach
2 Auffassung der MIT flächendeckende lineare Kürzungen sein. (wobei der Kieler
3 Subventionsbegriff zugrunde gelegt wird). Vorteil dieser Methode ist, dass
4 grundsätzlich alle bisherigen Subventionsempfänger in ähnlicher (relativer)
5 Größenordnung Abstriche bei staatlichen Hilfen hinnehmen müssen. Um schon
6 kurzfristig ein deutliches Zeichen der Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik zu
7 setzen und rasch finanzielle Spielräume zu schaffen, muss bereits in den
8 nächsten drei Jahren eine lineare Subventionskürzung um mindestens 10 %
9 durchgesetzt werden. Bezogen auf den Kieler Subventionsbegriff ließen sich
10 damit 15½ Milliarden Euro realisieren. Der Prozess eines linearen
11 Subventionsabbaues muss auch in den Folgejahren mit ähnlichen Prozentsätzen
12 (ggf. degressiv ausgestaltet) fortgesetzt werden.

14 8. Eine Subventionsabbaustrategie mit Schwerpunkt auf einer linearen Kürzung von
15 Finanzhilfen und Steuervergünstigungen reicht aber nicht aus, um die zur
16 Senkung der Lohn- und Einkommensteuer notwendigen Haushaltsspielräume zu
17 erzielen. Ergänzend ist auch ein gezielter Subventionsabbau erforderlich. Dabei
18 sollte sich der Subventionsabbau insbesondere auf jene Subventionen
19 konzentrieren, die auf den Erhalt nicht mehr zukunftsfähiger industrieller und
20 sozialer Strukturen abzielen.

22 9. Für einen gezielten Subventionsabbau (über die lineare Kürzung hinaus) sind
23 insbesondere anzugehen: (Rüttgers-Vorschläge)

- 25 • eine Halbierung der Kohleförderung nach Auslaufen des Kohlekompromisses
26 (bei gleichzeitiger Beseitigung der Überförderung der regenerativen
27 Energien belief sich die kumulierte Subventionsersparnis von 2006 bis 2010
28 auf rd. 10 Milliarden Euro),
- 30 • der Rückzug des Bundes aus der sozialen Wohnraumförderung (durch
31 Streichung der Finanzhilfen des Bundes ließen sich in 7 Jahren insgesamt 2
32 Milliarden Euro sparen),

- die stufenweise Herausnahme von Hilfen aus dem Leistungskatalog der Bundesanstalt für Arbeit (z.B. Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Qualifizierung und Weiterbildung) in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Regionen (Einsparvolumen von 4½ Milliarden Euro pro Jahr = 32 Milliarden Euro kumuliert bis 2010),
- die Streichung des Bundeszuschusses an die Monopolverwaltung für Branntwein (auf 7 Jahre gerechnet ließen sich 750 Millionen Euro sparen).
- Insgesamt ließe sich durch einen solchen gezielten Subventionsabbau von 2004 bis 2100 ein Einsparvolumen von fast 50 Milliarden Euro erzielen.

10. Die durch einen breit angelegten Subventionsabbau erzielbaren Einsparungen sind grundsätzlich zur Finanzierung einer Senkung von Steuern und Sozialabgaben zu verwenden. Das stärkt die Erfolgsaussichten des Subventionsabbaus: Der politische Widerstand durch diejenigen, die bei Subventionskürzungen verlieren, wird gemindert. Vor allem aber gibt es dadurch die nötige Unterstützung durch die große Masse der Steuerzahler, die von Steuersenkungen profitieren.

11. Je konsequenter der Subventionsabbau angepackt wird, desto stärker ließen sich die Einkommensteuersätze senken: [Theoretisch könnten die Einkommensteuersätze um fast zwei Drittel sinken, würden die Subventionen auf Null zurückgeführt. Der Eingangsteuersatz könnte dann auf 6,9 % und der Spitzensteuersatz auf 16,9 % gesenkt werden.]

Bei Realisierung einer 10 %igen Kürzung aller Subventionen innerhalb von 3 Jahren ließe sich bereits in 2004 ein Finanzvolumen von gut 5 Milliarden Euro realisieren. Zusammen mit den genannten gezielten Kürzungen ließen sich in 2004 etwa 10 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erreichen. Damit wäre das Vorziehen der dritten rot-grünen Steuerreformstufe auf 2004 (Entlastungsvolumen von 18 Milliarden Euro) bereits nach zwei Jahren finanziert.

1 12. Auf mittlere Sicht lässt sich ein erfolgreicher Subventionsabbau nur dann
2 erreichen, wenn es auch zu einer grundlegenden Reform der deutschen
3 Finanzverfassung kommt. Derzeit ist die Finanzautonomie der Bundesländer
4 durch Mischfinanzierungstatbestände stark beschnitten. Ein Bundesland hat an
5 einer Reduktion der Finanzhilfen dann kein Interesse, wenn EU oder Bund diese
6 Hilfe mitfinanzieren. Wir brauchen deshalb mehr Steuerautonomie für Länder
7 und Gemeinden, damit entsprechende Anreize zum Subventionsabbau auf
8 Länderebene gestärkt werden.

9
10 *Beschluss:*

11 *Die 7. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung*
12 *beschließt Antrag A2 des Landesvorstandes mit einer Formulierungsänderung auf*
13 *Seite 3, Zeile 2f ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen.*